

1839/J XX.GP

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Prinzhon
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend

Anstieg der Heizkosten

Nach Berechnungen der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) dürften für 1996 mindestens ATS 45 Mrd. für die Beheizung von Räumen ausgegeben werden - um 8 Prozent mehr als im langjährigen Durchschnitt. Der Zentralverband der Pensionisten schlägt daher Alarm - die Ärmsten unter den Alten können sich das Heizen nicht mehr leisten. Andererseits erwachsen allein aufgrund des Mehrverbrauchs der Haushalte (ohne Gewerbe und Industrie) in der Wintersaison 1996/97 dem Bundesminister für Finanzen zusätzliche Einnahmen aus den Energiesteuern (Elektrizitätssteuer, Mineralölsteuer und Erdgassteuer) in der Höhe von rund ATS 125 Millionen. Würde man diese Steuermehreinnahmen auf die rund 176.000 Ausgleichszulagenbezieher in Österreich aufteilen, so würde jeder rund ATS 700 erhalten. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

1. Werden Sie die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Höhe von rund ATS 125 Millionen an die Ausgleichszulagenbezieher ausschütten? Wenn nicht, warum nicht und wie werden sie ansonst diese Steuermehreinnahmen verwenden?
2. Sind andere Steuererleichterungen für Ausgleichszulagenbezieher aufgrund der gestiegenen Heizkosten geplant? Wenn nicht, warum nicht?
3. Wie hoch werden die Steuermehreinnahmen aufgrund des erhöhten Energieverbrauchs des Gewerbes und der Industrie ausfallen? In welcher Form werden Sie diese zusätzlichen Mittel verwenden?